

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 2000 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebührt für Zustellung; Es ist nur Postbezug zulässig; Das einzelne Exemplar kostet 200 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 18. Juli 1923

Nummer 67

Bekanntmachung

Geldentwertung und Teuerung zwingen zu weiterer Erhöhung der Löhne. Auch im Haushalt des Verbandes müssen die Einnahmen den erheblich gestiegenen Ausgaben angepaßt werden. Der Beschluß der Leipziger Generalversammlung verpflichtet zudem den Verbandsvorstand, den Verbandsbeitrag mindestens in Höhe eines Stundenlohnes zu erheben. Aus verwaltungstechnischen Gründen muß wiederum zur Erhebung von Extrabeiträgen gegriffen werden.

Der Verbandsvorstand hat in seiner Sitzung vom 9. Juli beschlossen, für den

Monat Juli zwei Extrabeiträge von je 4000 Mark

auszuschreiben. Diese Extrabeiträge sind von allen in den Wochen vom 15. bis 21. Juli (29. Beitragswoche) und vom 22. bis 28. Juli (30. Beitragswoche) Vollbeschäftigten sowie auch von in diesen Wochen beitragspflichtigen Kurzarbeitern zu leisten. Gewerkschaftsmitglieder haben die Extrabeiträge in voller Höhe zu zahlen, Invalidentaschenglieder zahlen zwei Extrabeiträge von je 1000 Mark. Vom 29. Juli (31. Beitragswoche) an werden dann neue Beitrags- und Unterstützungsätze in Kraft gesetzt.

Bei dieser Gelegenheit richten wir besonders auch an unsere Kassensfunktionäre die dringende Bitte, die durch Einziehung und Berechnung von Extrabeiträgen entstehende erhebliche Mehrarbeit im Interesse des Verbandes willig auf sich zu nehmen. Leider bleibt dem Verbandsvorstand kein anderer Weg, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Berlin, 10. Juli 1923.

Der Verbandsvorstand.

Geburtswehen ehrlicher Lohn- und Preispolitik?

Eine automatische Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung kann erst in Betracht kommen, wenn der von der Reichsstatistik geplante oder von den Parteien selbst geschaffene vervollkommnete Index aufgestellt ist.

Also lautet der erste Satz des Schiedspruches, den das Zentral-Schlichtungsamt des deutschen Buchdruckerzartars am 6. Juli d. J. gefällt hat. Diese Entscheidung hat zwar zunächst abwartenden oder passiven und dennoch sehr aktiven vorbildlichen Charakter. Denn er verneint nicht die Notwendigkeit einer grundsätzlichen automatischen Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung, sondern hält sie sozusagen für selbstverständlich und stellt die Vorbedingungen für deren Einführung fest. Durch diesen Schiedspruch ist in gewissem Sinne für das deutsche Buchdruckergewerbe von maßgebender Stelle aus das schon zum Ausdruck gekommen, was drei Tage später (am 9. Juli) unter persönlicher Mitwirkung des Reichsarbeitsministers bei Verhandlungen über die Beilegung des Streits in der Berliner Metallindustrie in Form einer Vereinbarung ebenfalls festgelegt und im „Vorwärts“ vom 10. Juli d. J., als ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Lohnkämpfe und als eine Rückkehr zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode bewertet wurde. Denn es handelt sich hier wie dort um die prinzipielle Anerkennung einer wertbeständigen Gestaltung der Löhne für die Zukunft.

Daß auf Unternehmenseite dieses Problem noch ablehnend beurteilt wird, und daß ihm insbesondere auch die Unternehmer unseres Gewerbes keine Sympathie entgegenbringen, sondern in ihm nur die größten Gefahren weniger für sich als für die Arbeiterschaft erblicken, haben wir in unserer Berichterstattung über unsere Lohnverhandlungen in Nr. 65 schon angedeutet. Das kann und darf uns jedoch nicht hindern, der Lösung dieses Problems unsere ganze Kraft zu widmen. Seine Notwendigkeit, seine Möglichkeit, seine Vor- und Nachteile für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für uns Buchdrucker im besonderen zu begründen und zu beleuchten. Da wir voraussetzen, daß unsere bisherigen vielseitigen und gründlichen Erörterungen einer zeitgemäßen Lohnregelung unsern Lesern schon einen ziemlich überblick auf das gesamte Gebiet der hier in Betracht kommenden Zeit- und Streitfragen vermittelt haben, glauben wir uns nunmehr nur noch an die Hauptpunkte halten zu dürfen, insbesondere aber die aus der Not der letzten Jahre, Monate und Wochen immer fühlbarer gewordenen Ursachen nicht noch lang und breit auseinanderzusetzen zu müssen.

Wir stellen daher lediglich fest, daß der gesamte Komplex der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform und -politik, wozu wir nicht erst in letzter Linie auch den Weltkrieg rechnen, zunächst die Schuldenlast des Deutschen Reiches ins Maßlose gesteigert hat; daß infolgedessen die ausländische durchschnittliche Bewertung der deutschen Papiermark als Ausdruck der Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches zur Zeit um das 40- bis 50tausendfache gegenüber der Friedenszeit gesunken ist. Der Stand des Dollars gegenüber der deutschen Mark ist in dieser Beziehung der ausländische Gradmesser der Einschätzung der Tragkraft der deutschen staatlichen Finanzkraft. Die Steuerhöhen und Steuerlasten der bestehenden Klassen in Deutschland hat die Finanzkraft der Deutschen Republik unterhöhlt und darüber hinaus noch durch eine mit dieser wirtschaftlichen Untergrabung weitestgehende Preispolitik auch den größten Teil der übrigen Volksgenossen bis auf die letzte ganze Hemd ausgeplündert. Das Fazit dieses „Befähigungsnachweises“ der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung für unser Land und Volk ist, daß keine Arbeiterschaft heute ein durchschnittliches Einkommen von nur noch einem Drittel desjenigen bezieht, das heute ein Durchschnittsarbeiter in der Schweiz, in England oder in Amerika hat. Zwar ist die innerdeutsche Kaufkraft der Mark noch etwas größer als im Ausland; da jedoch die inländische Preisbildung der Kartelle, Syndikate usw. im Groß- wie Kleinhandel sich täglich mit Riesenschritten dem Dollarkurs nähert, ihn teilweise sogar schon zu überschreiten versucht, so bedeutet jede weitere Senkung der Mark ohne Werticherung der Löhne weitere Verelendung der deutschen Arbeiterschaft. Da sich gegenwärtig die Finanzkraft des Staates zu 90 Proz. auf das Erträgnis der Lohnsteuer stützt und die früher erzielbaren Einnahmemequivalente des Reiches, wie Eisenbahnen, Post usw., sich in ungeheure Zuschußempfänger umgewandelt haben, ist ohne gründliche Abkehr von der bisherigen Lohn- und Preispolitik jede Gesundung der Reichsfinanzen, was einer Hebung der deutschen Währung gleichkäme, ausgeschlossen. Eine Rettung des deutschen Staates und der großen Volksmassen vor weiterer Verelendung ist daher nur noch auf dem Wege möglich, daß die heutige Spannung zwischen Preisen und Löhnen verkleinert, die Kaufkraft der Massen gesteigert und die Einnahmen des Staates durch eine gerechtere Steuerpolitik größer werden. Eine nur noch auf diesem Wege mögliche Gesundung der Reichsfinanzen schützt die Mark vor weiterem Verfall, stützt Staat und Volk aus eigener Kraft, trotz aller Kriegslasten. Alle Bemühungen diplomatischer Schaumbläse können das deutsche Volk nicht mehr retten, wenn dem bisherigen Lohn- und Steuerbetrag der führenden Wirtschaftskreise nicht schnell und gründlich Einhalt geboten wird.

Und in dieser Richtung ist die Ein- und Durchführung des wertbeständigen Lohnes eine der ersten und wichtigsten Etappen, die erobert und gehalten werden muß, um den inneren privatkapitalistischen Erdröselungsversuchen gegenüber dem deutschen Volke und seiner Arbeiterschaft ein Ende zu machen. Es kann jedoch angesichts der derzeitigen Lage der wirtschaftspolitischen Kräfteverteilung innerhalb Deutschlands zunächst keine Rede davon sein, mit einem Schläge dieser grenzenlosen Mitwirkerschaft ein Ende zu machen. Dieser Augiasfall kann nur Zug um Zug ausgemittelt werden, wenn überhaupt wieder einmal gesündere wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland einzutreten sollen. Es handelt sich hier sozusagen um die Räumung eines veräuferten Brunnens, die nur gelingen wird, wenn die erforderlichen Vorsichtsmassregeln nicht außer acht gelassen werden. Und die Erringung der wertbeständigen Löhne ist zunächst nur eine dieser Vorsichtsmassregeln, die dazu dienen soll, das Eindringen weiterer Verfallungsgefahr in die deutsche Volkswirtschaft zu verhindern. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann an einen kräftigeren Ausbau der neuen wirtschaftlichen

Grundlagen gedacht werden. Und wir sind nicht so naiv, anzunehmen oder anzudeuten, daß dies im Handumdrehen gelingen wird. Dazu wird es einer gründlichen Ausschaltung der heutigen privatkapitalistischen Produktionsbedingungen bedürfen, wird vor allen Dingen dafür gesorgt werden müssen, daß nicht mehr die unrentabelsten und technisch rückständigsten Betriebe und Produktionsmethoden als die Wurzeln der Preisbildung gelten. Erst die Lösung dieser weiteren Frage wird Preise und Löhne von den unmoralischen Schlägen der Unerschlichkeit befreien können, und zwar im Interesse aller ehrlich vorwärts- und aufwärtsstrebenden Glieder eines jeden Produktionsprozesses. Heute kann jeder Valuta- oder Devisenahler sich als Industrie- oder Handelskapitän aufspielen, wird aber unter dem Druck der wertbeständigen Löhne der Spielraum gewissenloser Preispekulationen verengt, dann wird nicht mehr die „doppelte“ oder die geheime Buchführung das Feld behaupten können, sondern nur noch ehrliche Arbeit und ehrliches Rechnen.

An und für sich hat sich die Frage der wertbeständigen Löhne bis jetzt soweit geklärt, daß man darunter allgemein die Festlegung eines Grundlohnes für längere Zeit in Verbindung mit wöchentlich veränderlichen Zuschlägen nach einem verbesserten Reichsindex verstehen kann. Die Festlegung des Grundlohnes soll im allgemeinen auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen erfolgen, wodurch die Möglichkeit gegeben wäre, besondere gewerbliche oder industrielle Eigenheiten der in Frage kommenden Industrie- oder Gewerbezweige im Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Lage oder Gebundenheit an andere Wirtschaftsfaktoren nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Der Geltendmachung gewerkschaftlicher Kräfte ist demnach in dieser Frage eine sehr differenzierte Bewegungsfreiheit gegeben. Die Notwendigkeit und Geschlossenheit gewerkschaftlicher Organisation ist also dadurch nach wie vor bedingungslos. Allgemeiner Natur wird dagegen die Feststellung des jeweiligen Reichsindex sein. Hier dürfte ein mehr verwaltungstechnisches Zusammenwirken von Vertretern der Behörden und der Interessentenorganisationen stattfinden, wobei den behördlichen Organen der wöchentliche Feststellungsdienst und den Parteirepresenten aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen die Nachprüfung dieser Erhebungen vorbehalten sein wird. Da uns die entsprechenden Ausführungsbestimmungen darüber noch nicht bekannt geworden sind, können wir dazu auch noch nicht Stellung nehmen. Es ist jedoch ohne weiteres anzunehmen, daß das Reichswirtschaftsministerium, das diese Aufgabe autoritativ durchzuführen hat, schon im eigenen Interesse seines Aufgabengebietes keine Wege wählen wird, die zu seiner Ausschaltung führen könnten, wenn es diese Angelegenheit nicht mit der nötigen Sorgfalt, Sicherheit und Objektivität betreiben würde. Denn wir schon aus dem für unser Gewerbe am 6. Juli gefällten Schiedsspruch ersichtlich, könnte auch ein von den Parteien selbst geschaffener vervollkommener Index in Frage kommen. Es wird also auch hier nicht alles auf eine Karte gesetzt. Beruht die staatliche Indexfeststellung oder wird sie von den Parteien nicht als ausreichend, sei es nach zeitlicher oder materieller Art, anerkannt, so können letztere selbst sich über eine besondere Inderaufstellung und -fortführung verständigen. Da jedoch solche Erhebungen sehr umständlich und kostspielig insbesondere für die Reichstaxiförderkassen sein werden, so dürfte der amtliche Index in den meisten Fällen die Vorhand haben; was besonders dann in Frage kommen dürfte, wenn z. B. von Unternehmerseite versucht werden würde, mit Hilfe eines privaten Indexes bisherige unehrliche Lohnpolitik auch in Zukunft noch zu fruktifizieren. Also auch hier wird es zunächst nicht an Reibungspunkten oder Konfliktquellen fehlen, je nachdem auf Unternehmerseite die Zeichen der Zeit verkannt werden. Am besten würde diese Frage gelöst werden können, wenn für den Reichsindex eine Grundlage gefunden sein würde, die jederzeit und von jedermann öffentlich kontrollierbar wäre. Bis zu einem erheblichen Grade war das letztere schon bei dem bisherigen Reichsindex möglich; dieser hatte nur den einen und schweren Fehler, daß seine Zusammensetzung viel zu dürftig war und infolgedessen den wirklichen Stand der Lebenshaltungskosten nicht in vollem Maße erfassen konnte. Seine sogenannte Streuung war zu eng und ließ daher gewisse Bestandteile der Lebenshaltungskosten zu stark auf den Durchschnitt wirken, was besonders zu Zeiten verstärkter Zwangswirtschaft einen mehr künstlichen als wirklichen Index ergab, indem der größte Teil der in freier Preisbildung befindlichen Lebensbedürfnisse ausgeschaltet war. Davon muß sich der vervollkommnete Reichsindex unter allen Umständen nach Möglichkeit freihalten, andernfalls auch er nur ein sehr zweifelhaftes Bild der Lebenshaltungskosten ergeben müßte. Des weiteren wird auch der Zeitpunkt der Indexfeststellung eine ausschlaggebende Rolle spielen. Denn nehmen wir einmal an, wir blieben zunächst noch unter dem Druck der täglich steigenden Preise, ja es wäre sogar denkbar, daß die Preisprünge von Tag zu Tag noch größer würden als gegenwärtig; dann würde z. B. der am Mittwoch jeder Woche zur Veröffentlichung gelangende Reichsindex gar nicht ausreichen, um für die Lohnhöhe der nächsten Tage maßgebend zu sein. Hier könnte nur ein Ergänzungsfaktor einigermassen ausgleichend wirken, der sich aus dem gleichzeitigen Stand der Großhandelspreise ergibt. Denn nach alter Erfahrung wirken sich die Großhandelspreise nicht auch gleichzeitig im Kleinhandel aus, sondern z. B. vor einem Jahre noch erst nach drei bis vier Wochen, in den letzten Monaten nach ein bis zwei Wochen und in den letzten Wochen in der jeweils darauffolgenden Woche. Und selbst wenn sich diese Auswirkungszeit der Großhandelspreise noch um einige Tage verringern würde, dann bildet doch deren wöchentliche Veränderung einen Ergänzungsfaktor, der gleich dem Barometerstand auf schönes oder schlechtes Wetter, d. h. auf niedrigere oder höhere Preise

für die Lebenshaltungskosten der nächsten Tage schließen läßt. Aus diesem Grunde könnte ohne Bedenken bei Bekanntgabe der wöchentlichen Reichsindexziffer ein aus dem gleichzeitigen Stand der Großhandelspreise erschlossener prozentualer Ergänzungsfaktor für die nächste Woche mit veröffentlicht werden; was in Betracht der in der Regel erst nach Veröffentlichung der Reichsindexziffer fälligen Lohnzahlung unbedingt erforderlich wäre, da andernfalls der Lohn- und Gehaltsempfänger der durch die weitere Preissteigerung entstehenden Geldentwertung doch noch in empfindlicher Weise ausgezehrt sein würde. Etwas abgeschwächt würden diese Folgen der weiteren Geldentwertung durch die Vorführung der zweimaligen Lohnzahlung in einer Woche, wie sie erfreulicherweise schon in dem letzten Schiedsspruch des Zentralschiedsrichters für das deutsche Buchdruckgewerbe für die Dauer der laufenden Lohnzeitperiode festgesetzt worden ist. Auf alle Fälle müßte aber durch eine derartige Festlegung der Entlohnung aus Grundlohn und Inderausschlag von Woche zu Woche erreicht werden, daß das durch das Steigen der Preise bisher bedingte Sinken der Kaufkraft des Lohnes in Zukunft vermieden wird. Das wird jedoch nur möglich sein durch die jeweilige Ergänzung der Reichsindexziffer für die abgelaufene Woche durch einen Ergänzungsausgleich aus der gleichzeitigen Veränderung der Großhandelspreise, womit eine kombinierte Messziffer für die Lebenshaltungskosten der laufenden Woche oder für den Lohnauschlag auf den Grundlohn für die nächste Wochenlohnzahlung gewonnen wäre, die den tatsächlichen Veränderungen der Lebenshaltungskosten innerhalb jeder Lohnwoche näher käme, als nur die Reichsindexziffer. Zu diesem Zwecke wäre es erforderlich, daß das Reichsstatistische Amt neben der wöchentlichen Reichsindexziffer noch einen solchen Ergänzungsfaktor, der sich aus der gleichzeitigen Veränderung der Großhandelspreise ergibt, mit veröffentlicht. Dadurch würden von vornherein die den Großhandelspreisen auf dem Fuße folgenden Veränderungen der Kleinhandelspreise nach Möglichkeit erspart werden und Löhne und Preise in ein ehrlicheres Verhältnis zueinander gebracht werden. Denn nach dem heutigen Stande der Preisbildung richten sich die Großhandelspreise nach den durchschnittlichen Börsenschwankungen, ihnen folgen innerhalb weniger Tage die Kleinhandelspreise und diesen erst in dritter Linie die Löhne, die infolgedessen im günstigsten Falle erst dann in die Hände der Käufer kommen, wenn Großhandels- und Kleinhandelspreise schon wieder eine neue und höhere Kurve erklimmen haben. Wird aber durch eine engere Verbindung der Lohnberechnung mit den Veränderungen der Großhandelspreise die Lohnwoche mit der Kleinhandelspreisgestaltung zeitlich gleichgestellt, dann hat der Lohnempfänger nicht mehr mehrere Wochen fortgesetzter Senkung seiner Kaufkraft zu ertragen, sondern jeweils nur noch eine Woche; dieser Ausfall wird aber durch die wöchentliche Lohnanpassung an die Veränderung der Lebenshaltungskosten gegenüber den heutigen Verhältnissen wesentlich abgeschwächt.

In der öffentlichen Diskussion dieses Problems wurden in letzter Zeit sowohl auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite noch andre Grundlagen oder Ergänzungsfaktoren der Reichsindexziffer erörtert und in Vorschlag gebracht. Von Unternehmerseite sind schon mehrfach Stimmen laut geworden, die dem Goldauslaufgeld oder dem Goldindex der Reichsbank einen besonderen Vorrang als Berechnungsfaktor der jeweiligen Lohnzuschläge geben. Wir können diesen beiden Faktoren jedoch kein Vertrauen entgegenbringen. Denn das Goldauslaufgeld wird in einseitiger Weise im Reichswirtschaftsministerium festgesetzt, und zwar nicht ohne bedenklichen Einfluß der Großindustriellen und der Exportindustrie, als deren Liebbling und Schmückling der Reichswirtschaftsminister Beder bekannt ist. Bei einer offiziellen Anerkennung des Goldauslaufgeldes als Gradmesser für Lohnzuschläge wäre taufend gegen eins zu wetten, daß dieser Faktor in Zukunft so frisiert würde, daß der heutige Lohnbetrag dadurch nicht in geringsten gehemmt würde. Und der Goldkaufspreis oder Goldindex wird von der Reichsbank festgesetzt, die unter der Regie Haversteins keineswegs von sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geleitet wird, so daß auch von dieser Seite her keine einwandfreie Wertehaltung der Löhne gesichert wäre. Es wären die gleichen Trübsensmanöver wie beim Goldauslaufgeld zu befürchten, wenn die zukünftige Lohngestaltung nur davon abhängig gemacht würde. Die gleichen Bedenken fordern aber auch ähnliche Vorschläge von Arbeiterseite heraus, soweit sie sich auf einen einzigen Wertmesser, wie z. B. Roggen oder ähnliches, festlegen wollen. Hier wird die große Gefahr von Konjunkturschwankungen außer acht gelassen, die entweder vom Auslande her oder durch inländische Marktmanöver recht störend und nachteilig wirken können. Ähnlich liegt es bei einer allzu einseitigen Anklammerung an sogenannte Goldlöhne. Ganz abgesehen davon, daß hier die Valuta mit ihren unberechenbaren täglichen Schwankungen keine Möglichkeit bietet, eine feste Goldmarkbasis auch nur auf acht Tage zu finden, da innen- wie außenpolitische Faktoren dabei von ausschlaggebender Bedeutung sind, so ist auch der eigentliche Goldmarkt selbst nicht sicher vor plötzlichen Umwälzungen. Die Möglichkeit, daß heute oder morgen in der Goldgewinnung durch die Entdeckung neuer erheblicher Goldlager oder gleichbedeutende Fortschritte und Erfindungen in der Chemie, die Schwierigkeiten der materiellen Goldbeschaffung eine grundstürzende Änderung erfahren, ist nämlich auch heute noch nicht ausgeschlossen. Wir verweisen nur auf neuere Entdeckungen von wesentlichen Goldvorkommen in Labrador, deren großartige Ausbeutung mit Hilfe der verbesserten Luftschiffahrt in Amerika zur Zeit viel von sich reden macht. So vermehren sich auch von dieser Seite her die Gefahren, die zu befürchten sind, wenn die allgemeine Lohn- oder Gehaltsfrage an solche einzeln Wertmesser gebunden würden. Wir denken dabei auch an die großen Schwierig-

zeiten, die immer zu überwinden sein werden, wenn einmal ein feststimmtes, mit großer Mühe festgelegtes System infolge Umwälzung seiner Voraussetzungen abgeändert werden soll. Alle diese Überlegungen lassen uns immer wieder erkennen, daß es richtiger ist, für die zu erstrebende Lohnregulierung nur einen Maßstab zu wählen, dessen Grundlagen so vielseitig wie möglich sind. Und das sind zweifellos die Klein- und Großhandelspreise. Hier hängt eins vom andern ab. Willkürliche Beeinflussungen durch einzelne Personen oder Kreise finden hierbei in den gegenseitigen Konkurrenz- und Produktionsverhältnissen sozusagen natürliche Regulatoren oder Hemmungen, die immer wieder, sei es in freier oder gebundener Wirtschaft, zu einem Ausgleich drängen. Die Abneigung des gesamten Unternehmertums in Handel und Industrie gegen eine solche breitere Grundlage der Werterhaltung der Löhne und Gehälter ist letzten Endes sogar der sicherste Beweis dafür, daß hierin das zuverlässigste Mittel gefunden ist, den bisherigen Lohnbezug an seiner Wurzel zu fassen.

Eine solche Lösung der Werterhaltung der Löhne auf Grund der Reichsindexziffer und der Großhandelspreise hätte aber auch noch bezüglich der zukünftigen Preisgestaltung eine sehr heilsame Wirkung. Denn es liegt nahe, daß bei offizieller Einführung solcher Messziffern aus Klein- und Großhandelspreisen (die Reichsindexziffer füßt sich in der Hauptsache auf Kleinhandelspreise) für die Lohn- und Gehaltsbemessung der wucherischen Preisgestaltung in absehbarer Zeit sehr grobe Schwierigkeiten erwachsen werden. Nehmen wir z. B. an, daß aus den Veränderungen der Großhandelspreise festgestellte Ergänzungsfaktor zur Reichsindexziffer würde allgemein eingeführt, so weiß jedermann, daß dies ein Maßstab ist für die Preissteigerung der nächsten Tage, und zwar im Durchschnitt für alle Kleinhandelspreise. Ein Höberschrauben dieser Preise über den aus den Großhandelspreisen der letzten Woche errechneten reichsamtlichen Ergänzungsfaktor hinaus würde als allgemeine als Wucher angesehen werden und zu scharfen Abwehrmaßnahmen der Käufer führen müssen. Es wird zwar in der ersten Zeit der Einführung wertbeständiger Löhne ein starkes Anziehen der Kleinhandelspreise unvermeidlich sein; auch die Staats- und Gemeinbewirtschaft wird ihre Tarife entsprechend erhöhen müssen. Aber das wird nur bis zu einer gewissen Grenze möglich und notwendig sei, und zwar bis zu jener Grenze, die durch die Großhandelspreise und vor allen Dingen durch die Welthandelspreise gezogen ist. Ist jedoch einmal diese Grenze erreicht, dann kann sie nicht ohne tödliche Gefahren für den Kleinhandel überschritten werden. Hier wird dann die Konkurrenz einsehen, und zwar nicht nur die ausländische, sondern auch die inländische. Selbst die Trusts, Kartelle, Syndikate usw. werden dann genötigt sein, zu einer ehrlicheren Produktionspreisgestaltung als heute zurückzukehren. Es ist nämlich hierbei nicht zu vergessen, daß die Großhandelspreise zum größten Teil Kinder der Valuta sind. Die Valuta aber hängt ab von der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Staates. Und letztere wird bemessen nach der Finanzkraft des betreffenden Staates. Nun ist zweifellos die gegenwärtige Finanzkraft des Deutschen Reiches unter aller Kanone, dementsprechend auch die deutsche Währung um das 45 000fache unter den Finanzwert gesunken. Werden jedoch, ganz abgesehen von einer möglichen Entspannung der außenpolitischen Lage, die Steuertarife, die Eisenbahn- und Posttarife parallel mit der Einführung der Werterhaltung der Löhne und Gehälter in gleicher Weise wertbeständig gemacht, dann wird in gleichem Maße eine weitere Verschuldung des deutschen Staates eingeschränkt, ja es ist sogar nicht nur eine völlige Beseitigung weiterer Defizite im Staatshaushalt zu erwarten, sondern nach und nach auch eine Abtragung der heutigen Schuldenlast des Deutschen Reiches. Damit wird aber auch einer Stabilisierung der Mark freie Bahn geschaffen und sogar die Möglichkeit einer aufsteigenden Tendenz eröffnet. Vorläufig wäre aber schon viel gewonnen, wenn durch eine Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter der Arbeiterschaft und Angestellten die Kaufkraft der großen Masse des Volkes vor weiterem Verfall bewahrt wird, das gibt auch den Einnahmequellen des Staates und der Gemeinden eine gesündere Basis.

Wohl wird dies zunächst nicht ohne teilweise stärkere Unterdrückungsversuche gegenüber der Arbeiterschaft abgehen, aber wir bauen darauf, daß die deutsche Arbeiterschaft in dieser Richtung ihren Mann zu stellen weiß und keinen andern Ausweg offen lassen wird, als auf dem Wege ehrlicher Entlohnung und ehrlicher Preise die vorhandenen Produktionsmittel zu verwerten und zu verbessern. Auch das deutsche Buchdruckgewerbe wird sich diesem Umbau der Entlohnungsgrundlagen nicht entziehen können. Zwar geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß dies besonders leicht sein wird. Aber das eine ist sicher, der bisherige Weg führte nicht nach oben, sondern in den Abgrund. Die Lösung der Lohnfrage in dem hier beleuchteten Sinne ist daher eine Schicksalsfrage für das ganze deutsche Volk. Es ist der Weg vernünftiger Selbsthilfe, um aus dem wirtschaftlichen Chaos wieder herauszukommen. Der wertbeständige Lohn wird die Brücke sein, mit deren Hilfe alle schaffenden und produktiven Kräfte des deutschen Volkes nach und nach wieder zu gesünderen Lebens- und Kulturverhältnissen kommen können. Auch die Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes ist bereit, auf diesem Wege sich in den Dienst ehrlicher Befreiung von wirtschaftlichen und politischen Fesseln zu stellen, die bisher deutsche Arbeit und Produktionskräfte gelähmt haben. Möge daher das Schicksal das deutsche Buchdruckgewerbe, das vor dem Kriege in sozialer Hinsicht als Vorhut im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft gelten konnte, davor bewahren, im gegenwärtigen Ringen um ehrlichen Lohn und Preis an letzter Stelle zu stehen!

Hände weg vom Lohnabbau im Osten!

Die Forderung der Prinzipale bei der letzten und vorletzten Lohnverhandlung auf Herabsetzung der Löhne bzw. Zulagen für die Kreise IX, XI und XII hat bei der ganzen Gehilfenschaft der betreffenden Kreise mit Recht starke Entrüstung hervorgerufen. Diese Forderung der Prinzipale war eine Verhöhnung der Kollegen, die im Osten leben und arbeiten müssen. Es war uns unfassbar, daß man in der vorletzten Verhandlung den Unternehmern, wenn auch schweren Herzens, diese Zugeständnisse gemacht hatte. Ich glaube nicht, daß sich die Gehilfenschaft nochmalige Abstriche gefallen lassen würde.

Der Schiedspruch vom 6. Juli 1923 des Zentralarbitrationsamtes hat nun in dieser Sache klärend für die Zukunft gewirkt; er wird eine dauernde Waffe für unsre Gehilfenvertreter in späteren Lohnverhandlungen sein. Denn er besagt, daß Abschlüsse nicht vorgenommen werden können, da diese schon im Reichstarifvertrag erschöpfend geregelt sind. Wenn auch dieser Schiedspruch uns im übrigen keine rechtliche Befriedigung gebracht hat, so hat er doch den Kollegen im Osten Genugtuung gegeben. Und dabei muß es bleiben, wenn es den Herren im Deutschen Buchdrucker-Berein auch noch so schwer fällt. Die Gehilfenschaft des Ostens ist kein Versuchsobjekt für schwankende Organisationsgrößen im Prinzipalslager; das mögen sich die Herrschaften merken! Sie haben dadurch der Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens ganz erheblich und zerstören noch die letzten Reste von Berufs- und Arbeitsange. Also ein für allemal: Hände weg!
Guben (R.-L.).

G. P. e.

In der inzwischen erschienenen Nr. 56 der „Zeitschrift“ nimmt deren Redaktion in einem besonderen Artikel unter der Überschrift „Die Erhöhung der Buchdruckerlöhne und das flache Land“ nochmals Stellung zu dem prinzipalseitig gewünschten Lohnabbau im „Osten“, wobei jedoch schon die Überschrift erkennen läßt, daß auch die übrigen Hilfsmittelrichtungen des „flachen Landes“ im Hintergrund dieser Reichsstarifabotage schon aufgestellt sind. Es wird nun in diesem Artikel einleitend darauf hingewiesen, daß bei allen Lohnverhandlungen die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Bereins mit besonderem Nachdruck darauf hingearbeitet hätten, für das „flache Land“, für die „Provinz“ Erleichterungen zu schaffen. Ferner wird behauptet, daß der durch die Ortszuschlagsstaffeln vorhandene Ausgleich nicht genüge, da dieser dadurch verwischt worden sei, daß die Gehilfenvertreter in den letzten Jahren die Orte in ihrem Lokalausschlag zu hoch getrieben hätten. Es wird dann auf das „Borbild“ der Abschlüsse für kleinere Orte im Reichstarif für das Hilfsarbeiterpersonal hingewiesen, wonach die tariflichen Löhne in Orten bis einschließlich 10 Proz. Ortszuschlag einen Abschlag von 10 Proz. erfahren, sofern in diesen Orten nicht mehr als 28 Hilfsarbeiter bzw. Hilfsarbeiterinnen beschäftigt werden.

Demgegenüber müssen wir feststellen, daß schon bei der bisherigen Feststellung des Spitzenlohns, also für Orte mit 25 Proz. Ortszuschlag (Lohnklasse C, Verheiratete über 24 Jahre), noch niemals die für diese Orte in erster Linie in Frage kommende Verteuerung von den Prinzipalvertretern anerkannt wurde, sondern immer nur mit allen Mitteln ein Durchschnittpunkt verfochten wurde, der die besonders teuren Lebensverhältnisse in den Großstädten auch nicht im entferntesten berücksichtigte. Auch bei ihrer Berichterstattung über die letzten Verhandlungen der Tarifkommission glaubte die „Zeitschrift“ „auflärend“ darauf hinweisen zu müssen, daß der Gehilfenvertreter, der die Forderungen der Gehilfenschaft bearbeitete, aus einer der teuersten Städte des Reiches stammte, und somit seine Angaben, selbst wenn sie richtig wären, nicht als Norm gelten könnten für ein Gewerbe, dessen Angehörige einen Reichstarif abgeschlossen haben“. Wir können demgegenüber aber nur feststellen, daß noch kein einziger Prinzipalvertreter Preise und Löhne angeführt hat, die sich über dem Reichsdurchschnitt bewegen, immer nur solche, die weit unter diesem bleiben. Und danach haben die Prinzipalvertreter fast ohne Ausnahme das Maß ihres Verständnisses für den jeweils feststehenden Spitzenlohn bekundet, und zwar in einer Bescheidenheit, die schon mehrfach durch das Zentralarbitrationsamt, weil durchaus zu niedrig, wesentlich erhöht werden mußte. Auch die ständige Berufung der Prinzipalvertreter auf die Reichsindexziffer, die doch auch nur einen Durchschnitt für das ganze Reich auf sehr bescheidener Grundlage darstellt, enthält in ihrer Geltendmachung für die Höhe des Spitzenlohnes, von dem dann doch noch die prozentualen Abschläge für die Provinz abgehen, eine doppelte Berücksichtigung des sogenannten flachen Landes.

Der gegenwärtige Spitzenlohn ist in Wirklichkeit gar nicht auf den Spitzen der Lebenshaltungskosten aufgebaut, sondern höchstens auf dem Durchschnitt, wobei immer noch zu berücksichtigen ist, daß die bisherige Reichsindexziffer sehr unzureichende Grundlagen hat. Was also im Hinblick auf eine besondere Berücksichtigung der Provinzdruckorte bisher geschehen konnte, ist nach der bisherigen Lohnfestlegung im Reichstarif schon mehr als genügend erfolgt. Weitere Zugeständnisse kann die Gehilfenschaft auf keinen Fall machen; es sei denn, daß der zukünftige Spitzenlohn auch tatsächlich nach den Lebenshaltungskosten der teuersten Städte und nicht mehr nur nach dem Durchschnitt bemessen wird. Das würde aber unbedingt eine Erweiterung der Ortszuschlagsstaffeln nach oben erfordern. Wir haben eine ganze Reihe, mindestens zwei Duzend, von Großstädten, für die z. B. der Aufbau des Spitzenlohns auf dem Reichsdurchschnitt der Lebenshaltungskosten eine Benachteiligung bedeutet. Nach unsrer

Schätzung sind in diesen Orten über 30 000 Gehilfen und fast ebenso viele Hilfsarbeiter beschäftigt, während z. B. in den kleineren Orten mit bis zu 10 Proz. Ortszuschlag nur etwa 7000 Gehilfen und noch weniger Hilfspersonal beschäftigt sind. Es ist daher gänzlich ausgeschlossen, daß die Gehilfenschaft der Prinzipalität auf diesem Gebiete irgendwelche Zugeständnisse machen kann. Die Differenz zwischen dem Spitzenlohn in Orten mit 25 Proz. Ortszuschlag und solchen mit 0 Proz. beträgt heute schon 117 600 M. Der bisherige tarifliche Lohnaufbau kommt den Buchdruckerelbistern auf dem flachen Lande soweit entgegen, daß jede weitere Verwässerung des Reichstarifs nicht nur für die Gehilfenschaft untragbar wäre, sondern jeder Schmuckkonkurrenz nur noch weiteren Vorstoß leisten würde. Daher sagen auch wir ein für allemal: Hände weg!

Löhne und Preise im Buchdruckgewerbe

Wiederum sind die Würfel gefallen. Nachdem die Prinzipale einige Male etwas Entschlossenheit gezeigt hatten, mußte beim letzten Lohnabkommen das Zentralratsamt in Funktion treten, um den Buchdruckerelbisten das zum Leben unbedingt Notwendige festzusetzen. Für Kleidung bleibt denselben sowieso nichts übrig. Ein Wunder ist es dann nicht, wenn es so traurig in den Proletariatsfamilien aussieht, wie es in einer in Joutzen abgehaltenen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Loebe schilderte. Von 600 zum Turnen angetretenen Kindern hatten 380 kein Hemd. Auf der andern Seite aber sitzen die Prasser in ihrem Geldüberfluß. Auch bei unsern Prinzipalen trifft das zu. Und woher kommt das? Weil Lohn- und Preisstarif nicht in dem Einklang stehen, wie es ehemals im Frieden der Fall war. Den Beweis will ich im nachfolgenden erbringen. Am 30. Juni erhielten wir hier (22½ Proz.) an Lohn 329 280 M. Rechnet man nun die Stunde inklusive Ablegen, Ferien und Feiertage, welche letztere beiden im letzten Tarif recht scharf beschnitten wurden, auf 10 000 M., so ist es wohl reichlich genug. Zu dieser Summe kommen noch laut Friedenspreistarif die üblichen Zuschläge für Korrekturlesen, Geschäftsumkosten und Nutzen. Die Verkaufsstunde stellt sich somit auf 20 350 M. oder rund 21 000 M. Wie hoch steht die Stunde im heutigen Preistarif? Bei einfachen Arbeiten kommt sie bloß auf 32 283 M., bei besseren auf 37 271 M. Dieser Preis entspricht bei einer Goldumrechnung von 450 000 das Zwanzigmarkstück (am 30. Juni dem ungefähren Friedenspreis (im Frieden 1,50 M., jetzt 1,43 M.). Und wie verhalten sich dagegen unsere Löhne? Im Frieden erhielten wir pro Stunde 60 Pf., heute ganze 23 Pf. Die unbedingt notwendigen Löhne kann das Gewerbe nicht bezahlen, aber diese horrenden Stundenpreise unserer Prinzipale richten das Gewerbe nicht zugrunde. Hier kann man getrost sagen: O diese Heuchler!

Wie sieht es aber in andern Branchen? Hier erhielten die verheirateten kaufmännischen Angestellten als Junigehalt 900 000 M. und außerdem eine Gruppenzulage von 150 000 M. Wir stehen diesen im Juni um 240 000 M. nach. Die Buchdruckerelbisten sind aber das Darben auch besser gewöhnt. Mit jeder Zulage tritt eine immer größer werdende Verschlechterung ein. 100 Proz. erhalten wir als Zulage und 200 Proz. zahlen wir dem Kampfyren unsres Volkes, damit wir unser bishigen Leben noch ein Weilchen fristen können. Man weiß heute ja schon nicht mehr, wo der ehrliche Handel aufhört und der Wucher anfängt.

Deutzen (Oberschlesien).

F. G.

Korrespondenzen

Allenstein (Ostpr.). Am 7. Juli fand hier eine außerordentliche Mitgliebersversammlung statt. In dieser nahm man zu dem durchgeführten Lohnabbau im Osten und den dahingehenden weiteren Anträgen der Prinzipale, was unter unsern Mitgliebern eine lebhafteste Erregung hervorgerufen hat. Stellung. Nach einem kurzen Überblick des Vorstehenden setzte eine äußerst lebhafteste Debatte ein, in der die Redner mit der Latit der ostpreussischen Prinzipale scharf ins Gericht gingen. Besonders verurteilte die Versammlung die von den Prinzipalen wieder-besseres Wissen aufgestellte Behauptung von der „billigen“ Lebensweise im Osten. Die von den Prinzipalen ins Feld geführte Begründung, daß die Löhne anderer Arbeiterkategorien hier im Osten weit niedriger wären (was nur für einen kleineren Bruchteil zutrifft) als die unsrigen, kann doch nicht ausschlaggebend sein für die Herabsetzung unsres Lohnes, sondern lediglich das, was der nur noch vegetierende Buchdrucker des Ostens sich für seinen Lohn kaufen kann. Es steht doch unumstößlich fest, daß unsere Löhne schon lange nicht mehr zur Bestreitung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen, geschweige denn zur Anschaffung eines Kleidungsstückes oder zur Eindeckung des Winterbedarfs. Die Versammlung kam durch die fortgesetzten Lohnabbauanträge der Prinzipale zu der Überzeugung, daß es diesen nicht an der Erhaltung des Wirtschaftsfriedens in unserm Gewerbe liegt. Sie erwidern den Anschein, als hätten sie aus dem vorjährigen Streik in Ostpreußen nichts gelernt. Die schwärzlich gewordene Geduld des Ostpreußen hat auch mal ein Ende, und die Gehilfen werden bei Fortsetzung dieser verwerflichen Lohnpolitik der Prinzipale es sich nicht nehmen lassen, ihren mehr aus gerechten Ansprüchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Geltung zu verschaffen. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Ausklang in folgender Resolution: „Mit tiefer Empörung und Entrüstung nimmt

die Allensteiner Gehilfenschaft von dem Antrage der Prinzipalität zwecks Herabsetzung des Lohnes für die Ostpreußen, der bereits teilweise durchgeführt wurde, Kenntnis. In Anbetracht der ravid steigenden Teuerung, des in den Ostprovinzen in der vollsten Blüte stehenden Wuchers, des Auszehrens durch unsaubere Elemente ist die Not der Gehilfenschaft so groß, daß die heutige Versammlung nicht Worte genug finden kann, um die Lohnabbaupolitik der Prinzipale zu brandmarken. Die Versammlung ruft ihrem Verbandsvorstand und allen Gehilfenvertretern zu: Auch nicht einen Pfennig Kürzung! und tritt hierfür bis zum äußersten ein. Wenn es sein muß, werden die ostpreussischen Kollegen abermals zu kämpfen wissen.“

Borbesholm. Der Ortsverein Borbesholm nahm in seiner Mitgliebersversammlung am 23. Juni zu der bis auf Siebehöhe gelangten Teuerungswelle Stellung. Die Versammlung stellte fest, daß die Kaufkraft des Lohnes bei jeder Zulage immer weiter zurückgegangen sei und die lebensnotwendigen Artikel schon tatsächlich für die arbeitenden Volksschichten Luxusgegenstände werden. An Anschaffung von Feuerung, Kleidung usw. ist schon längst nicht mehr zu denken. Für den einzelnen ein endloser Kampf ohne Waffe. Die Versammlung ist der Ansicht, daß endlich ein anderer Weg beschritten werden muß. Der schärfste Kampf um die Erringung des Friedenslohnes müßte einsetzen. Das heißt: Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte! Ein anderer Weg ist nicht möglich. Die Gewerkschaften müssen zur gemeinsamen Erstämpfung des Vorkriegslohnes alles tun. Die Versammlung nahm von dem neuen Lohnabkommen (23. Juni bis 7. Juli) Kenntnis und bedauert, diese niedrige Zulage annehmen zu müssen. Dieser Lohn ist mit den heute bestehenden Preisen nicht in Einklang zu bringen, geschweige entspricht er der Steigerung nur in der nächsten Woche. Die Versammlung verlangt vom Verbandsvorstand, daß er zusammen mit den andern Gewerkschaften auf die Erlangung des Vorkriegslohnes hinwirkt. Nur durch diesen kann die Arbeiterschaft dem Hunger entzinnen.

Brandenburg (Havel). Das letzte Lohnabkommen und der Antrag der Prinzipale, in Orten des Tarifkreises XI Abstriche an den vereinbarten Löhnen vorzunehmen, waren Gegenstand einer eingehenden Besprechung in unserer Ortsversammlung am 6. Juli. Die Brandenburger Gehilfenschaft nahm einmütige Stellung gegen den Abstrichversuch und wird ihn gegebenenfalls mit aller Schärfe zurückweisen. Eine dahingehende Entschließung wurde angenommen.

Elbing. Der Bezirk Elbing — Rest des ehemaligen Gaues Westpreußen — tagte am Johannistag zu Elbing. Die einzige Bezirksversammlung im Jahre war von fast allen Mitgliebern besucht. Neben verzwängten Fragen über Konjunktur, Arbeitslosigkeit und Schmuckkonkurrenz kam auch der von den Prinzipalen geforderte Abschlag von der neuen Lohnerhöhung für die Kreise IX, XI und XII zur Sprache. Nach breiter Debatte sandte die Versammlung ein Protesttelegramm an den Verbandsvorstand. Des weiteren wurde gefordert, die Prinzipale sollten bei ihren Veröffentlichungen betreffend Preistarifaufschläge nicht immer den Spitzenlohn, sondern nur den Durchschnittslohn angeben, weil den Kollegen in den zehn andern Ortsauschlagklassen oft wirtschaftliche Schwierigkeiten durch jene Irreführung erwachsen. Ferner wurde verlangt, daß an der Forderung einer Sonderzulage (Kolonialzulage) für den vom Reich abgetrennten Kreis XII in Höhe von 10 Proz. festzuhalten sei. Auch die Hilfsarbeiterentlohnung wurde wieder durchgesprochen. Dabei ergab sich im allgemeinen das betrübende Bild, daß die in der Hauptsache recht jugendlichen Hilfsarbeiterinnen nie in den Genuss des tariflichen Lohnes kommen können, weil sie der Meinung sind, nur Gelegenheitsarbeiterinnen zu sein, die sich kaum um eine Kündigungskrist zu kümmern brauchen. Für die an der Tagung teilnehmenden Arbeitslosen wurde eine einmalige Umlage von 2000 M. je Mitglied erhoben. — Nachmittags vereinigten sich alle Kollegen zur Johannisfeier, wobei der Gesangverein „Gutenberg“ Elbing unter dem Kollegen Hensel seit sein Bestes gab.

Hamburg-Altona. In der Veritawensmännerversammlung berichtete am 27. Juni Kollege Kunkler über die letzten Lohnverhandlungen. Da der Stundenlohn von 7000 M. durch die neuen Lohnfestsetzungen für andre Arbeitergruppen Hamburgs schon längst wieder überholt ist, wurde beschlossen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, den ersten Kündigungstermin unter allen Umständen auszuweichen. Der Verbandsbeitrag beträgt für Juli wöchentlich 6000 M., dazu kommen 50 Proz. Gaubeitrag. Unter Fortfall des Extrabeitrages von 2000 M. im Juli soll der Beitrag auf 10 000 M. aufgerundet werden. Den Erwerbslosen soll am Schlusse des Monats ein Betrag von 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Hamburg-Altona. Zum neuen Lohnabkommen nahm eine Versammlung der Hamburger Vertrauensmänner am 10. Juli Stellung. Nach einem Bericht des Kollegen Kunkler über die Vorbesprechung und den Gang der Verhandlungen bis zum Schiedspruch des Zentralratsamtes setzte eine ausgedehnte Aussprache ein, deren Grundton allgemeine Unzufriedenheit mit dem durch den Schiedspruch Erreichten war. Angesichts des völligen Mißverhältnisses zwischen der Forderung (130 Proz.) und dem Erreichten (50 Proz.) in der ersten, 75 Proz. in der zweiten Woche) wurde die Annahme des Schiedspruches durch die Mehrheit der Gehilfenvertreter scharf kritisiert. Vertreter von Großbetrieben propagierten wegen der daneben für die teuren Hamburger Verhältnisse viel zu niedrigen Sonderzulage (20 000 M. wöchentlich) den Weg der Selbsthilfe. Durch einen festen Prozentsatz müsse diesem ewigen Teufelschleife ein Ende gemacht werden, um uns vor immer weiterem Hinabgleiten ins Elend zu bewahren. Für die wirtschaftliche Hebung der deutschen Arbeiterschaft müsse das Alleräußerste eingesetzt werden. Einseitig waren die

Redner der Meinung, daß die starre zentrale Regelung der Löhne von den Zeitereignissen überholt sei und der bezirklichen Platz machen müsse. Durch Abstimmung müßten die Mitglieder über diese Frage entscheiden. Der Graphische Bund müsse eine straffere Form erhalten, um das Gegeneinanderauspielen der verschiedenen graphischen Verbände bei den Lohnverhandlungen zu verhindern. Von mehreren Rednern wurde kritisiert, daß der „Korr.“ auch diesmal wieder durch Nennung von Zahlen in einem Artikel den Unternehmern einen Beweiser für die Höhe der zu bewilligenden Löhne gegeben habe. (Da es sich in diesem Falle nur um ein mathematisches Beispiel handelte, weisen wir diese Unterstellung als unfachlich zurück; es ist in höchstem Grade unkollegial, unser ehrliches Bestreben, einen gangbaren Weg aus dem heutigen Lohnelend zu suchen und der Kollegenschaft verständlich zu machen, in solcher Weise zu verzerrten. Vielleicht nehmen sich unsere Hamburger Kritiker aber einmal die Mühe, nachzurechnen, um wieviel die Kollegenschaft im Lohn heute besser daran wäre, wenn die Entlohnung in dem von uns schon seit Jahren vertohlenen und empfohlenen Sinne wäre schon längst durchgeführt worden. Red.). Durch das immer stärker werdende Abgleiten unseres Reallohnes werde leider die Verbandsverdrossenheit, auch bei alten Mitgliedern, immer größer. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Kunkler wurde als Willensausdruck der Hamburger Kollegenschaft folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Hamburger Buchdrucker protestieren gegen die Annahme des vollständig ungenügenden Schiedsspruches durch die Mehrheit der Gehilfenvertreter. Sie verlangen sofortige neue Verhandlungen und auf diesen die sofortige Verwirklichung der Wertbeständigkeit der Löhne nach den Grundätzen des ADGB, und eine angemessene prozentuale Festsetzung der Hamburger Sonderzulage. Von den Ergebnissen dieser Verhandlungen macht sie ihre weiteren Entscheidungen abhängig.“

Haynau. (Halbjahrsbericht.) Das erste Halbjahr des neuen Tarifs liegt hinter uns. Dessen Einführung ging in unserm Ort glatt vonstatten. Zwar wurde versucht, die paar Mark über Minimum zu kürzen, aber nach einigen Wochen wurden auch diese Kürzungen nachgezahlt und die deswegen eingereichte Schiedsgerichtsklage konnte zurückgezogen werden. Anders ist es mit den Lehrlingslosgeldsätzen. Der Bezirk Plegnitz des Deutschen Buchdrucker-Vereins hatte in einer Sitzung beschlossen, den Lehrlingen nur zwei Drittel der „empfohlenen“ Sätze zu zahlen; dabei mußte aber festgesetzt werden, daß die Lehrlinge in den ersten Wochen des Jahres 1923 dann weniger erhalten hätten als im Jahre 1922. Die Prinzipale zahlten deshalb vorläufig noch die im Dezember 1922 gezahlten Sätze und, als dieser Betrag erreicht war, 60% Proz. der empfohlenen Sätze. In der deswegen vor dem Gewerbegericht angestregten Klage wurden die Eltern der Lehrlinge mit ihren Forderungen abgewiesen, obwohl im Lehrvertrag der § 4 lautet, das Kostgeld wird gezahlt laut Tarif. Also ohne daß mit den Eltern dann wegen anderweitiger Regelung verhandelt wurde, hielten sich die Prinzipale nicht mehr an den Lehrvertrag, sondern an Beschlüsse, die von einer Bezirksgruppe gefaßt wurden, wenn sie auch den Vereinbarungen der Spikensorganisation zuwiderlaufen. Der Ortsvereinsbeitrag mußte im abgelaufenen Halbjahr mehrmals erhöht werden und beträgt jetzt 2000 Mk. pro Woche. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind auch in unserm Orte die Zeichen der Zeit. Von 22 Kollegen am Orte arbeiten zur Zeit sechs in andern Berufen. Die Bestrebungen der schlesischen Prinzipale bei den letzten Lohnverhandlungen, in Schlesien niedrigere Sätze zu zahlen, wurden scharf gegeißelt, und es wurde beschloffen, an Verbandsvorstand und „Korr.“ folgende Entschließung zu übermitteln: „Die am 26. Juni stattgefundene Monatsversammlung des Ortsvereins Haynau i. Schl. erhebt einmütigen Protest gegen eine besondere Behandlung und Schlechterstellung gegen die übrigen Kreise bei der neuesten Lohnfestsetzung. Wir spüren hier nichts von billigeren Lebensbedingungen; andererseits bringen ja auch die ostdeutschen Prinzipale auf ihre Druckerarbeiten die vollen Preistarifaufschläge in Anwendung. Wenn auch Haynau mit 10 Proz. Lokalaufschlag bei der letzten Lohnfestsetzung die Wirkungen dieser Neuregelung nicht zu spüren hat, so vermahnen wir uns doch mit aller Entschiedenheit gegen derartige Kürzungen unseres nur zur Fristung unserer nackten Existenz reichenden Lohnes. Von unsern Gehilfenvertretern erwarten wir, daß bei den kommenden Lohnberatungen derartige Versuchen mit der größten Schärfe entgegengetreten wird. Gleichzeitig stellen wir den Antrag, den gesetzlich festgelegten Nationalfeiertag (11. August) als tariflich zu bezahlenden Feiertag anzuerkennen. Die Prinzipale haben sich bei den Verhandlungen über die Festsetzung der tariflich zu bezahlenden Feiertage auf den Standpunkt gestellt, nur die gesetzlich anerkannten Feiertage zu bezahlen. Bei den letzten Tarifverhandlungen war dieser Tag als gesetzlicher Feiertag noch nicht festgelegt. Deshalb beantragen wir dessen Anerkennung durch den Tarifausschub.“

Königsberg i. Pr. Am 5. Juli hielt der hiesige Ortsverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vorsitzender H. a. n. e. referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Ortsliche Angelegenheiten“, über die geschäftliche Lage am hiesigen Orte, die bisher keine wesentlichen Änderungen erfahren hat. Augenblicklich sind 36 arbeitslose Kollegen am Ort, über 40 arbeiten in andern Berufen. Er ermahnte die Kollegen, auf die Reise zu gehen, um den Ort zu entlasten, da die Zahlung der Extrabeiträge die arbeitenden Kollegen für die Dauer zu sehr belastet. (Königsberg erhebt einen Ortsvereinsbeitrag in Höhe des Verbandsbeitrages.) Sodann berichtete Gauvorsteher Reischer über die letzten Lohnverhandlungen. Mit

großer Erbitterung nahm die Kollegenschaft die Ausführungen entgegen. Daß die Verhältnisse hier im Osten keine rosigen sind, soll an nachstehenden Lebensmittelpreisen illustriert werden: Es kostet in Königsberg ein Pfund Butter 32,- bis 34 000 Mk., Schmalz 20,- bis 30 000 Mk., Margarine 20,- bis 24 000 Mk., Rindfleisch 24 000 Mk., Schweinefleisch 24 000 Mk., Speck 30 000 Mk.; ein markenfreies 4-Mundbrot über 25 000 Mk., markenpflichtig 4750 Mk., ein Ei 2350 Mk.; Steinkohlen kosten der Zentner 63 000 Mk., Breiketts 35 300 Mk.; Dols der Raummeter 250,- bis 350 000 Mk., für die nächsten Tage dürften die Preise noch höher steigen. Die Versammelten protestierten scharf gegen jeden Lohnabbau. Vom Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern wurde verlangt, die Scharte auszuwecken, und zwar in aller nächster Zeit. Folgende Resolution, die dem Verbandsvorstand sofort telegraphisch übersandt wurde, fand einstimmige Annahme: „Die am 5. Juli tagende außerordentliche Generalversammlung des Königsberger Ortsvereins protestiert auf das äußerste gegen den Lohnabbau im Osten. Mit allen den Gehilfen zu Gebote stehenden Mitteln werden sie sich gegen diese abbaulüsterne Lohnpolitik der Unternehmer wenden. Der Osten, der nachweislich unter den unbilligsten und schwierigsten Lebensbedingungen leidet, wird dieses Unrecht und diese Vergewaltigung nicht stillschweigend, und wenn es sein muß, nicht kampflos hinnehmen. Die jeweiligen Gehilfenvertreter ersuchen wir, niemals mehr einem Abbau im Osten zuzustimmen. Es ist dies ein Verbrechen an der notleidenden Arbeiterkategorie. Es ist eine Gefahr für die Buchdruckerkategorie ganz Deutschlands. Der Gauvorstand wird beauftragt, sofort alle Vorbereitungen zur Einrichtung einer „Kampfliste gegen den Lohnabbau“ zu treffen und in großzügigster Weise die Abwehr zu organisieren. Die Kollegen Deutschlands werden um ihre Unterstützung gebeten.“ Die Kollegenschaft bittet dringend, das dem Osten angetane Unrecht bei den kommenden Lohnverhandlungen wieder rückgängig zu machen. Es darf nicht sein, den Osten als Ausbausebiet bei der Festsetzung der Löhne für das Reich zu benutzen. Wer glaubt, im Osten billigere Lebensbedingungen vorzufinden, der soll zu uns kommen. Schwer enttäuscht wird er, wie schon so viele Kollegen, die ihre Ferten hier verlebten, von daten ziehen. Die Löhne der andern Arbeiterkategorien sind nicht so niedrig, wie man glauben machen möchte. Wir sind fest entschlossen, neue Attentate auf unsern Lohn mit einem Kampf zu beantworten. Die Königsberger Kollegenschaft hat im Jahre 1919 bereits den Beweis dafür geliefert. Wir erheben unsere warnende Stimme, ehe es zu spät ist!

Plegnitz. Am 8. Juli fand hier eine außerordentliche Generalversammlung statt. Nach Erledigung einer Anzahl lokaler Angelegenheiten wurde der Ortsbeitrag neu festgelegt. Dieser beträgt von jetzt ab 10 Proz. des Verbandsbeitrages. Für Unterstützung der erwerbslosen Kollegen werden 20 Proz. des Verbandsbeitrages erhoben. Einen breiten Raum der Verhandlung nahm der Punkt „Tarifliches“ ein. Helle Empörung herrschte über die Lohnpolitik der Prinzipale des Ostens und scharf wurden die hochsprühenden Anträge der Prinzipale für den Osten gegeißelt. Die erregte Stimmung der Kollegenschaft kam in folgender Kundgebung zum Ausdruck: „Die außerordentliche Generalversammlung der Plegnitzer Buchdrucker erhebt scharfsten Protest gegen die neueste Lohnpolitik der Prinzipale der Tarifkreise IX, XI und XII und wendet sich einmütig gegen die Schlechterstellung der schlesischen Kollegen. Genau wie in den andern Kreisen im Reich klettert auch bei uns der Dollar von Tag zu Tag in die Höhe und auch die schlesischen Preisdiktatoren wie Geschäftsleute einschließlich der „notleidenden“ Agrarier versichern es ausgedehnt, auch von den in Schlesien beschäftigten Kollegen Preise zu fordern, die den Preisen anderer Tarifkreise nicht nachstehen und dem Dollarstand mehr wie angepaßt sind. Vom Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern erwarten wir, daß sie diesem Treiben der Prinzipale des Ostens mit aller Schärfe entgegengetreten und die Gehilfenkategorie nicht geschloffen hinter ihren Vertretern, andernfalls wird sich die schlesische Kollegenschaft selber helfen müssen.“ Eine ähnliche Kundgebung wurde an Gau- und Verbandsvorstand gesandt. Ferner wurde noch das heutige Steuerunrecht ausführlich behandelt. Da die Kurzarbeiter und kinderreichen Familien durch Nichtbeachtung der Ausführungsbestimmungen nach den heutigen Sätzen zu Schäden kommen, so ist es Pflicht der Betriebsräte, für ihre Kollegen diese Möglichkeiten auszunutzen und für Aufklärung zu sorgen.

Osternode (Ostpr.). Am 30. Juni hielt unser Ortsverein seine Vierteljahrsversammlung ab, die stark besucht war. Unter anderem wurde beschlossen, die Unterstützung für durchreisende Kollegen auf das Doppelte des jeweiligen Verbandsbeitrages zu erhöhen. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem letzten Lohnabkommen. Sie drückte ihre heftige Empörung über die Sonderverhandlungen für die Kreise IX, XI, XII aus und erklärte im besonderen: „Als geradezu unerhört empfinden wir es, daß in unserm Reichstaref durch die Sonderstellung der Orte von 0 bis 7½ Proz. im Osten die erste Bresche geschlagen ist. Trifft uns in Osternode auch nicht diese Sonderabmachung, so verurteilen wir es im Interesse der betreffenden Kollegen doch auf das schärfste. Wir erwarten vom Gau- bzw. Verbandsvorstand, daß in dieser Beziehung keiner Sonderabmachung mehr zugestimmt werde. Wir versichern, bei etwaigen Angriffen der Prinzipale unsere stärkste Unterstützung und schreden auch vor dem schärfsten Mittel nicht zurück.“

Rastenburg. Die hiesige Gehilfenkategorie nahm am 12. Juli Stellung zu den Versuchen der Prinzipalsvertretung, im Osten Lohnabbau zu betreiben. Angesichts der fürchterlichen Teuerung, die ebenfalls im Osten herrscht (amtliche Notierungen in Berlin wurden oftmals von höheren

Preisen hier in Rastenburg übertrassen), wird es als eine empörende Panolungsweise betrachtet, uns statt Extrazuschläge wegen der durch die Abschmürung erhöhten Teuerung Lohnabbau obendrein anzubieten. Gerade wegen vielfach teurerer Zustände als im Reich hätten wir besondere Zulagen zu verlangen. Die Gehilfenvertreter aber ersuchen wir, Lohnabbauanträge energisch zurückzuweisen.

Rhebdt. In der Versammlung vom 2. Juli kam nach Erledigung interner Geschäftsangelegenheiten folgende Erklärung zustande: „Die Gehilfenschaft des Ortsvereins Rhebdt erklärt sich einstimmig mit der leiblich getätigten Schreibweise des „Korr.“ einverstanden, erblickt darin eine wertvolle Aufklärung- und Erziehungsarbeit und fordert auch fernerhin schärfste Vertretung einer besseren Lohnpolitik sowie rücksichtslose Bekämpfung aller uns entgegengesetzter Interessen, im besonderen das Wirken der berufsfremden, juristischen Eindringlinge, deren Maulwurfsarbeit den Frieden in unserm Gewerbe untergräbt.“

Stettin. Unse Versammlung am 2. Juli beschäftigte sich außer andern Vereinsangelegenheiten vorwiegend mit dem letzten Lohnabkommen. Kollege Reinko erfaßte eingehend Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Daß diese immer schwieriger werden, ist jedem Kollegen klar, doch muß das zum Leben Nötige unbedingt erreicht werden. In scharfen, aber sachlichen Worten sprachen sich die Diskussionsredner über das wiederholte Vorhaben der Prinzipale des Ostens aus, die immer wieder versuchen, einen Lohnabbau durchzuführen. Mit Leichtigkeit ist nachzuweisen, daß die Lebensbedingungen hier genau so hoch im Preise stehen als in andern Gegenden Deutschlands, teils sogar noch höher. Auf keinen Fall darf es den Stettiner Prinzipalen gelingen, den Buchdrucker ganz der Verelendung preiszugeben; mit allen Mitteln muß hier eingeschritten werden. Der Schiedspruch zeigt den Prinzipalen des Ostens deutlich, wie „ernst“ man den Antrag der Prinzipale nimmt. Der wertbeständige Lohn muß auf irgendeine Weise eingeführt werden. Daß die Stettiner Gehilfenschaft mit dem letzten Lohnabkommen nicht zufrieden ist, zeigt folgende Resolution, die einstimmig Annahme fand: „Die Mitgliebschaft Stettin des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem gefällten Schiedspruch und verlangt vom Verbandsvorstand, schon für den kommenden Wochenschluß neue Verhandlungen einzuleiten.“

Biesien. Monatsversammlung am 13. Juni.) Der Vorsitzende Brecken konnte mit Zufriedenheit über den guten Besuch die Versammlung eröffnen, welche, durch die traurigen materiellen Verhältnisse der Kollegen gezwungen, die erste seit drei Monaten war. Die Stimmung stand unter dem Eindruck des neuen Lohnabkommens, das schon hier und da unter den Gehilfen bekannt geworden. Die Tagesordnung wickelte sich in ruhiger Weise ab, bis zu dem Punkt 4: „Stellungnahme zu gesonderten Lohnverhandlungen im Kreis II bzw. dem besetzten Gebiet“. Hier kam der sich im Herzen eines jeden Kollegen angesammelte Groll gegen die so ungenügenden Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe zur Entladung. Es darf nicht so weiter gehen, daß der auf eine vierjährige Lehrzeit beruhende Buchdrucker beständig in Lohnfragen nachhinkt. Bei einem Kampf des graphischen Gewerbes in M. Gladbach, Rhebdt, Biesien, woran auch unser Ortsverein sich beteiligte, hatten wir es mit dreitägigem Streik glücklicherweise gebracht, eine wöchentliche Zulage von 10 000 M. zu erreichen. Die schnell darauf folgende tarifliche Lohnhöhung brachte uns wieder um die schwer erkämpfte Aufbesserung. Unter Verrechnung derselben sowie der alten Befähigungszulage erfuhr unser alter Lohn eine Reduzierung um 3000 M. Unter solchen Verhältnissen gab die Versammlung ihrer Enttäuschung in einer Resolution Ausdruck: „Der Gauvorstand möge unverzüglich auf gesonderte Lohnverhandlungen für den Kreis II bzw. das besetzte Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln hinwirken. Schon lange genug hat die Kollegenchaft des besetzten Gebietes die allen Notwendigkeit hohnsprechenden Lohnabmachungen ertragen. Abgesehen davon, daß die tariflichen Lohnhöhungen den Genuß der örtlichen Abmachungen zunichte machen, kommt es sogar vor, daß die tarifliche Lohnhöhung durch die Verrechnung des örtlichen Abkommens eine Lohnreduzierung zur Folge hat. Trotzdem das tarifliche Lohnabkommen vom 8./9. Juni von seinen Vorgängern etwas wohlthuender abfällt, müssen die Kollegen des besetzten Gebietes unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei ihrer vorstehenden Forderung verharren.“ Der Vorsitzende ermahnte bei dem nächstfolgenden Punkte die Kollegen, bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Bezirks in Krefeld recht zahlreich sich einzufinden.

Allgemeine Rundschau

Rückgang des Lohnniveaus und neue Lohnverhandlungen. Der Verbandsvorstand hat in Übereinstimmung mit eingegangenen Anträgen und zahlreichen Meinungsäußerungen den bis 20. Juli gültigen Lohnniveaus gekündigt und Einberufung der Tarifkommission beantragt. Nach diesbezüglicher Verständigung mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein tritt die Tarifkommission am Donnerstag, dem 19. Juli, zusammen. Zu dieser Tagung wurden folgende Anträge von Gehilfenseite gestellt:

1. Allgemeine Erhöhung der Löhne und Festlegung derselben auf wertbeständiger Basis.
2. Festlegung von Sonderzulagen für die besetzten und als besetzt geltenden Teile der Kreise II, III, IV sowie für Hamburg.

Nachahmenswertes Beispiel. Die „Opladener Zeitung“ (Müller & Co.) gewährte ihrem Personal aus Anlaß des 75jährigen Bestehens eine einmalige Zulage von 115 000 M. an ledige und 120 000 M. an verheiratete Gehilfen. Hilfspersonal und Leberlinde erhielten etwas weniger. Vor etwa fünf Wochen gewährte die Firma ihrem technischen Personal in Anbetracht der Hottage der buchgewerblichen Arbeiter im besetzten Gebiet eine Wirtschaftskostbeihilfe von 25 bis 50 000 M. Am 1. Juli gab die Firma ihrem Personal ein Fest, an dem für einige Stunden die Mühen und Sorgen des Alltags und die ganze Misere der deutigen Zeit vergessen wurden.

Ein nicht nachahmenswertes Beispiel. In Nr. 65 des „Korr.“ wurde das 75jährige Jubiläum der „Deister- und Weserzeitung“ in Sameln erwähnt, wo das Personal bis zu 250 000 M. erhielt. Das „Chemnitzer Tageblatt“ beging nun am 1. Juli auch sein 75jähriges Jubiläum. Hier war es aber nicht wie in obgenannter Zeitung, sondern am eigentlichen Festtage erhielten die Arbeiter zur Frühstückszeit einen Lohnbeutel ausgehändigt. Die großen Erwartungen wurden aber getäuscht. Der Beutel war leer. Er diente nur als Ausweis zum Empfang zweier Würstchen mit Semmel. Am Festtag, wo alle Honoratioren und die höchsten Spitzen der Behörden geladen waren, durften die Arbeiter und Jubilare feierlich teilnehmen. Die darauffolgende Tafel war wiederum nicht für die Arbeiter gedeckt. Die Proleten durften dafür am Nachmittag die Arbeit wieder fortsetzen. Der Unterstützungskasse für notleidende Arbeiter oder Angefallte wurden aus Anlaß des Jubiläums sechs Millionen Mark überwiesen. Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Fürwahr, bei diesem Personal hat sich das „Chemnitzer Tageblatt“ nicht gerade ein rühmliches Denkmal gesetzt.

Die neuen Zeitungspapierpreise. Mit Wirkung vom 15. Juli an ist der Höchstpreis für das Kilogramm Zeitungspapier vom Reichswirtschaftsministerium auf 7600 M. festgesetzt worden. Dieser Preis sollte im Monat Juli nur dann eine Erhöhung erfahren, wenn Kohlenpreis-, Fracht- oder Lohnerhöhungen erfolgen würden. Inzwischen haben indessen die Druckpapierfabrikanten anscheinend aus eigener Machtvollkommenheit bereits mit Wirkung vom 9. Juli ab eine Erhöhung des Papierpreises auf 7910 M. eintreten lassen. Die Wirkungen einer derartigen Preispolitik werden höchst unheilvoll sein.

Falsche Vorstellungen über Auswanderungsmöglichkeiten nach Amerika. Von einem Kollegen in leitender Organisationsstellung in den Vereinigten Staaten wird uns geschrieben, daß sich in letzter Zeit die Anfragen deutscher Kollegen wegen Stellungsmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten sehr häufen. Demgegenüber verweist der Kollege darauf, daß das deutsche Setzergewerbe drüben sehr daniederliege, das Druckergewerbe sich aber fast ausschließlich in anglo-amerikanischen Händen befinde. Dann bebt es in dem Schreiben: „Dabei haben diese Kollegen ganz falsche Vorstellungen über die hiesigen Verhältnisse. So schreibt mir ein Kollege aus Hamburg unterm 1. Juni: „Durch mehrfache Erkundigung erfuhr ich, daß der Geschäftsgang im Buchdruckergewerbe in Amerika sehr gut ist. Da ich und mein Freund große Lust haben, nach dort auszuwandern, möchte ich Sie höflichst bitten, mir mitzuteilen, ob Sie in der Lage sind uns eine passende Stellung zuweisen... Die Kosten der Auslagen bzw. Überfahrt wollen wir dort abarbeiten.“ Die gleiche Idee, daß es hier Druckfirmen gibt, die gern das Reisegeld vorstrecken, haben auch noch andre auswanderungslustige Kollegen, und sie wird anscheinend von gewissenlosen Leuten noch gestärkt. Als Beweis dafür dient wohl ein Brief an mich aus Eberfeld vom 3. Juni, worin es heißt: „Dann hätte ich noch eins: Der amerikanische Konsul in Köln a. Rh. sucht für Amerika in holländischen Zeitungen deutsche Facharbeiter, u. a. auch Buchdrucker; die Firmen sind angegeben und wird das Geld vorgestreckt zur Überfahrt, welches man abarbeiten kann.“ Wenn das wahr ist, dann könnte es sich nur um die Anwerbung von Lohnbrüdern handeln. Die hiesigen Einwanderungsgesetze verbieten es unbedingt, Arbeiter unter Kontrakt einzuführen, was natürlich der Fall ist, wenn sie versprochen, das Reisegeld hier abzuverdienen. — Nach dieser Aufklärung von durchaus vertrauenswürdiger Seite werden unsere Kollegen auf daran tun, bei ihren Auswanderungsabsichten die größte Vorsicht obwalten zu lassen.

Wertbeständige Löhne. Die Forderung der Arbeiter aller Richtungen nach wertbeständigen Löhnen läuft daraus hinaus, daß zukünftig die Tarife auf der Basis eines Grundlohns abgeschlossen werden. Die Festlegung dieses Grundlohns soll wie bisher der freien Vereinbarung zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter überlassen bleiben. Durch Einfügung einer Wertbeständigkeitsklausel in die Tarife soll der Grundlohn an die Schwankungen des Lebenshaltungsindezes gebunden werden. Demgemäß versuchen gegenwärtig die Gewerkschaften, bei ihren Lohnverhandlungen eine Grundlage zu schaffen für eine später noch endgültig zu regelnde Wertbeständigkeit der Löhne. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter hat gewissermaßen eine Bresche geschlagen zur Erreichung des gesteckten Zieles. In gleicher Zeit wurde, wie schon berichtet, im Berliner Einzelhandel ein Tarif auf wertbeständiger Grundlage für den Monat Juli abgeschlossen. Auch im Bergbau sind Verhandlungen über die Schaffung wertbeständiger Löhne im Reichsarbeitsministerium angesetzt. Weiter wird in der Presse mitgeteilt, daß in Berlin zwischen der Stadtälter C. m. v. S. und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband für den Juli wertbeständige Löhne auf Grundlage des Roggenpreises vereinbart wurden. Als Stundenlohn wird für jede Arbeitergruppe eine bestimmte Roggenmenge als Varenlohnung eingefest, deren Wert nach dem wöchentlichen Durchschnitt der täglichen Vorkenshöchstnotiz in Berlin in der betreffenden Arbeitswoche bestimmt wird. Für den Fall,

daß der Roggenpreis sinkt, sollen die Löhne erst dann herabgesetzt werden, wenn auch der Kleinhandelsmispriß eine Herabsetzung erfahren. Auch im Reichsfinanzministerium fanden bereits dieser Tage unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter Besprechungen statt, die auf die Erhaltung des Lohnwertes abzielten. Nach eingehender Aussprache wurde von beiden Seiten eine Kommission zur Ausarbeitung von gemeinsamen Richtlinien eingeleitet, die ihre Arbeit sofort aufnehmen wird. Weiterhin hat sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des Deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes mit der Frage der Erhaltung der Kaufkraft der Löhne eingehend beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, den angeschlossenen Organisationen folgendes Vorgehen zu empfehlen, das als Kostmaßnahme zu betrachten ist: 1. Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibt der freien Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und den gewerkschaftlichen Verbänden der Arbeitnehmer überlassen. 2. Werden die Lohnverhältnisse für längere Zeit als eine Woche geregelt, so soll die Vereinbarung eine Bestimmung zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes enthalten dahingehend, daß zu den für die Dauer des Abkommens vereinbarten Löhnen ein wöchentlich Zuschlag besetzt wird, der den erhöhten Lebenshaltungskosten entspricht (Teuerungszuschlag). Der Maßstab für die Ermittlung eines Teuerungszuschlages ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in jedem einzelnen Falle durch Vereinbarung der Parteien festzusetzen. An Stelle dieser Art der Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes sind auch andere den Parteien für diesen Zweck als geeignet erscheinende Vereinbarungen zuzulassen. Zweifelloß werden in nächster Zeit in den verschiedensten Gewerben und Industrien Bestrebungen zu verzeichnen sein zur Erreichung ehrlichen Lohns, der nicht bloß die Voraussetzung für eine ehrliche Wirtschaftsführung, sondern auch für eine geordnete Staatsbilanz und eine neue Währung bildet.

Der Reichswirtschaftsrat zur Frage wertbeständiger Löhne. Eine Entschließung des Reichswirtschaftsrats an die Reichsregierung zur Einführung wertbeständiger Löhne besagt: Die Goldrechnung der Privatwirtschaft erfordert auch den Übergang zu wertbeständigen Löhnen und Gehältern. Die Stellung der Löhne in Goldrechnung kann aber erst erfolgen, wenn die Goldrechnung für den Waren- und Geldverkehr allgemein und offen durchgeführt ist. Für die Übergangszeit empfiehlt sich eine schnelle Anpassung der Löhne an die Veränderung der Lebenshaltungskosten auf der Grundlage von Indizes; zu deren richtiger Ermittlung ist der amtliche Lebensmittelindeks zu verbessern und wöchentlich aufzustellen. Den Vertragsparteien muß es überlassen bleiben, den Reichszentralindex oder den örtlichen bzw. beruflichen Lebenshaltungsindex als Grundlage der Verhandlungen zu verwenden. Für die Angestellten und Beamten der öffentlichen Körperschaften erfolgt die Regelung bzw. Festsetzung der Gehälter auf gezieltem Wege unter sorgfältiger Anwendung der Grundsätze. Die Ausschüsse empfehlen unter Berücksichtigung des Vorstehenden zunächst nur kurzfristige Tarifabschlüsse bzw. Gehälterfestsetzungen.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 11. Juli auf 21 511 (1913/14 = 1), die Steigerung gegenüber der Vorwoche (16 180) beträgt also in der zweiten Juliwoche 32,9 Proz.

Die Bayerischen Gewerkschaften zur wachsenden Teuerung. Der Landesausschuß Bayern des ADGB richtete folgende offene Anfrage an die Gesamtregierung des Freistaates Bayern: „Unerträgliche Preissteigerungen auf allen Gebieten, Hunger, bitterste Not und weitere unsägliche Verelendung sind die Begeleitererscheinungen für die unteren Schichten der Bevölkerung. Die Lage verschärft sich stündlich. Was gedenkt die bayerische Staatsregierung in Anbetracht dieser katastrophalen Entwicklung zu tun?“

Eine neue Verdoppelung der Eisenbahntarife in Sicht. Der am 18. Juli zusammentretende Reichseisenbahnrat wird über eine weitere Tarifserhöhung für die Eisenbahnen Beschluß fassen. Nach einer Mitteilung in der Tagespresse ist damit zu rechnen, daß zum 1. August die Eisenbahntarife mindestens verdoppelt werden. Das dürfte die Einleitung zu einer allgemeinen neuen Teuerungswelle sein.

Neue Postgebührenerhöhungen. Der 27. Ausschuß des Reichstages legte für die Postgebühren vom 1. August ab folgende neuen Sätze fest: Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400 M., bis 100 Gramm 600 M., im Fernverkehr 1000 und 1200 M. Pakete in der ersten Zone bis 3 Kilo 2400 M., bis 5 Kilo 3600 M., 6 Kilo 4200 M. usw. In der zweiten Zone bis 3 Kilo 4800 M., bis 5 Kilo 7200 M. Postanweisungen bis 10 000 M. 800 M., bis 50 000 M. 1000 M., bis 1 Million 4800 M. Telegramme im Fernverkehr: Grundgebühr 1600 M., Wortgebühr 800 M., im Ortsverkehr die Hälfte. Ortsgespräche 500 M., Ferngespräche für mehr als 50 Kilometer 1500 M., von 500 bis 600 Kilometer 22 500 M., für jede weiteren angefangenen 100 Kilometer 3000 M. Die Jahresgebühren bleiben unverändert. Dem Reichspostmeister erteilte der Ausschuß außerdem Vollmacht, am 1. September nach Rücksprache mit dem Reichsrat eine neue Verdoppelung einzutreten zu lassen.

Steuerabzug betreffend. In Nr. 42 berichteten wir über einen Entschluß des Landesfinanzamtes Leipzig, daß die den Gehilfen gemäß § 3 Ziffer 4 des Deutschen Buchdrucker tariffs für die Zeit zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens gezahlten besonderen Vergütungen zur Hälfte (50 Proz.) ihres jeweiligen Betrages als Dienstaufwandsentschädigung anzusehen und somit vom Steuerabzug freizulassen sind.

Auf eine Eingabe des Dresdner Gauvorstandes an das hiesige Landesfinanzamt unterm 24. April in gleicher Sache hat sich nunmehr auch das Landesfinanzamt Dresden im Interesse der Einheitlichkeit der vom Landesfinanzamt Leipzig für seinen Bezirk getroffenen Regelung angeschlossen. Demgemäß wird die tarifliche Entschädigung für besonders gelagerte Arbeitszeit auch im Bezirk des Landesfinanzamtes Dresden mit 50 Proz. als steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung nach § 34 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes angesehen und nur mit den restlichen 50 Proz. zum Steuerabzug herangezogen.

Die Reichsfeiertage. Das Gesetz über die nationalen Feiertage ist vom Reichstag in seinem letzten Tagungsabschnitt nicht mehr verabschiedet worden. Von amtlicher Seite wurde darüber folgende Mitteilung an die Presse gegeben: Während eine große Mehrzahl für die reichsgesetzliche Festsetzung der großen christlichen Feiertage, für den Verfassungstag und für den Gedenktag für die Opfer des Krieges gesichert war, konnte unter den Parteien eine Mehrheit für eine die Schlussabstimmung sichernde Verständigung darüber noch nicht erzielt werden, ob über die Regierungsvorlage hinaus, entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse, auch der 1. Mai der Feiertagsgesetzgebung der Länder entzogen und der Herbsturlaub da, wo er nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung abgeschafft ist, wieder eingeführt werden soll. Aus diesem Grunde wurde die Verabschiedung des Gesetzes vorläufig zurückgestellt. Die Reichsregierung hält an der Notwendigkeit fest, das Gesetz baldmöglichst zu verabschieden, damit das Deutsche Reich aus der die Einheit gefährdenden Mannigfaltigkeit der Feiertagsgestaltung und den fortwährenden Kämpfen auf diesem Gebiete herauskommt, weshalb auch für die beiden genannten Punkte eine Verständigung der Parteien für die Schlussabstimmung erzielt werden muß. Die Aufhebung trifft formell auch die Festsetzung des Verfassungstages als Nationalfeiertag. Nachdem aber die Regierungsvorlage in der Schlussabstimmung des Reichsrats von den Ländern einstimmig angenommen ist und in diesem Punkte auch die Zustimmung des Reichstags gesichert erscheint, wird der Verfassungstag in Fortbildung der Übung der beiden letzten Jahre auch in diesem Jahre feierlich begangen werden. Wegen der Beteiligung der Länder ist die Reichsregierung mit den Landesregierungen bereits in Verbindung getreten. Die Feier soll in diesem Jahre mit einem „Rhein- und Ruhrtag“ verbunden werden, um den Gefühlen der Geschlossenheit Deutschlands, des Dankes an die lebenden Mitbürger und des festen Entschlusses der Erhaltung von Rhein und Ruhr für unser Vaterland im Zusammenhang mit dem allgemeinen Belohnnis zum Staat und seiner Verfassung starken Ausdruck zu geben. In Zahlung genommen werden muß.

Allgemeiner Arbeiterkennographenbund. In Leipzig (Volksbühne, Zeiter Straße 32, Adresse: Felix Hummel) hat sich ein vorbereitender Ausschuß gebildet, der einen Allgemeinen Arbeiterkennographenbund ins Leben rufen will. Stenographiefundige Arbeiter Geschlechts und ohne Unterschied des Systems können Untervereine gründen.

Briefkasten

S. S. in Br.: Die Stadt kann eine entsprechende Gegenleistung von Ihnen verlangen. — W. M. in Brauk: Darüber gibt es keine generellen Vorschriften. Für die Aussprache sind die verschiedenen Mundarten maßgebend. — E. S. in Wobler: Derartige Fälle sind aus vielen Orten bekannt geworden, z. B. aus Chemnitz, Jlitau, Detmold, Leipzig, Dresden, Berlin usw. usw. — R. W. in Br.: 3200 M. — G. A. in M.: 2100 M. — G. S. in Br.: 2200 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101 Postfachkonto: Berlin K. 1023 87 (H. Schweinik)

10000 Mark beträgt der Verbandsbeitrag in der 10. Beitragswoche (15. 7. bis 21. 7. 1923). Dazu kommen noch die Gaus, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Invalidenkassenmitglieder siehe die Bekanntmachung in Nummer 61 u. 66 des „Korrespondent“.

Gau Schlesien. Der Gaubeitrag erhöht sich ab 15. Juli (erstmalig zahlbar am 21. Juli) auf 1200 M.

Adressenveränderung

Schweidnitz. Vorsitzender: Alfred Berner, Markt 22. Bezirk Meier-Ecke. Vorsitzender: Ernst Busch, Weckemünde, Mohlnstraße 134 pt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): Im Gau An der Enke der Schweidnitzer Franz Hänemann, geb. in Döberstein (Nobis) 1891, ausgelehrt in Weinbau bei Bremen 1919; war schon Mitglied. — Hugo König, Halle a. d. S., Kl. Klausstraße 7, II.

Arbeitslosenunterstützung

Berlin. Dem Lehrer Alexander Grubowski (Hauptbuchnummer 88712, Gau Appreuken 1022), geb. 6. Oktober 1891 zu Gr. Paritzsch, wurde angeblich das Verbandsbuch hier gestohlen. Es ist ihm unter Berlin 7050 ein neues Buch ausgestellt.

Versammlungskalender

Dresden. Maschinenbauerversammlung Sonntag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr, in der „Kattenecke“, Katharinenstraße, Ede Weltis Straße. Dresden. Stenotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, in „Schuberts Gasthaus“, Kleine Pfauenstraße 2. — Verbandsstilleben am 6. Uhr. Leipzig. Bezirksversammlung Sonntag, den 10. August, vormittags 10 Uhr, in Burglar („Gewerkschaftshaus“). — Anträge bis 4. August an den Vorsitzenden. Rhenruppin. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr, in Wittstock.

Anzeigengebühr: Die sechs-spaltige Zeile 100 Mark für Vereins-, Briefl. Anzeig., Fortbildungsz. und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 500 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächsterfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postbestellung.

Rachener Gutenberg-Verein

Aus Anlaß des

25jährigen Bezirkskassiererjubiläums unsres Kollegen Emil Hangen

findet am Sonnabend, dem 28. Juli, abends 7 Uhr, im „Hotel Werner“, Zeligraben 2, ein

Ehrenabend, verbunden mit Johannistfeier

in Form eines Herrenabends statt.

Wir laden hiermit alle Kollegen unsres Bezirks herzlichst ein und hoffen, daß recht viele durch ihre Teilnahme an der Feier unserm Kollegen Hangen ihre Anerkennung für seine 25jährige treue und aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Kollegenschaft zu zeigen werden.

[103]

Der Festausschuß.

Der Bezirksvorstand.

Typographsekmachine

Modell Universal, sofort gegen Kassenzahlung zu kaufen gesucht. **Schödeutsche Verlags-Druckerei, Altona, Schoppershofstraße 8.**

[88]

Durchaus tüchtiger

Seherkorrektor

für Fachblätter zum baldigen Antritt gesucht. Nur Herren, die eine längere Tätigkeit als Korrektor nachweisen können, wollen sich mit unserm Betriebsbureau in Verbindung setzen. **C. O. Vogel, Betriebsbureau, Pöschel 1. E. Ehr.**

Tüchtiger Aktzidenzseher

30 Jahre alt, verheiratet, in ungekündigter Stellung, mit allen Druckverfahren vertraut, redegewandt, sucht für sofortige Stellung als

Vertreter

in Berlin. **Gefl. Offerten unter Nr. 104 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.**

Tüchtiger, intensiv arbeitender

Aktzidenz- und Inseratenseher

sucht als Korrektor und Revisor in großartigem Unternehmen tätig, sucht per bald oder später veränderungshalber geeignete Stellung, am liebsten als Korrektor und Revisor, wo ihm auch Gelegenheit geboten ist, sich im Kontor einzuarbeiten oder redaktionell tätig sein zu können. Letzteres jedoch nicht Bedingung. **Gefl. Offerten erbeten an Plehuet, Steinw. Goltzstraße 2 H.**

Aktzidenzseher

1 Jahre, ledig, gewandt in Zeichnung und Entwurf, bewandert in allen Gattungen, sucht Stellung. **Verlangen Sie Arbeitsproben und Zeugnis. Zuschriften erbeten an Helmuth Kockatz, Brandenburg (Havel), Jahnstraße 10.**

[80]

Wo ist Platz frei für tüchtigen Aktzidenzseher (auch wirkungsvolle Inserate usw.)? **Alter 30, ledig, gesund, vorwärtsstrebend. Beste Zeugnisse. Bereits als Vertreter tätig gewesen. Werte Offerten erbeten an D. Ulrich, Dresden-A., Marschnerstraße 32 H.**

Erster Aktzidenzseher

30 Jahre alt, an gewissenhaftes und durchaus selbständiges Arbeiten gewöhnt, längere Jahre Metteur, zur Zeit in ungekündigter zehnjähriger Stellung großer Provinzdruckerei, wünscht gelegentlich Veränderung nach Berlin oder Vorort. **Zeugnisse und Gehaltsliste auf Wunsch. Angebote unter Nummer 72 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Bayern!

Oberfranken!

Vertrauensstellung

Sucht tüchtiger Seher, Mitte 30, arbeitsfreudig, zuverlässig, mit guter Allgemeinbildung. **Suchender ist sehergewandt, stolzer Stenograph und guter Rechner, im Korrekturlesen erfahren und mit Kontorarbeiten vertraut. Gefl. Offerten unter Nr. 85 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Vorwärtsstrebender, tüchtiger Schriftsetzer

24 Jahre alt, ledig, Ia Zeugnisse, sucht Dauerstellung, eventuell auch im Kontor zwecks weiterer Ausbildung. **Werte Offerten unter Nr. 102 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Tüchtiger Linotypeseher

30 Jahre alt, mehrljährige Praxis, der die Meisterprüfung abgelegt hat, sucht Stellung für jetzt oder später in Leipzig, wo ihm Gelegenheit gegeben wird, sich im Kalkulationswesen weiterzubilden. **Gefl. Angebote erbeten unter Nr. 91 an die Geschäftsstelle des Blattes, Leipzig, Königstraße 7.**

Amassensfreud., vorwärtsstrebend. Buchdrucker

ledig, 26 Jahre, mit guten Zeugnissen und guter Allgemeinbildung, sucht Stellung im Bureau zur weiteren kaufmännischen Ausbildung. **Mit Stenographie u. Schreibmaschine bewandert. Eintritt erfolgt nach Übereinkunft. Gefl. Angeb. unt. Nr. 88 an d. Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Tüchtiger, durchaus zuverlässiger Monolinesetzer

zehnjährige Praxis, beste Zeugnisse, gewissenhaft in Behandlung von Maschine und Matrizen, selbständig Reparatur und selbständiges Arbeiten. **Mehrere Monate an der Linotype gearbeitet, in ungekündigter Stellung, sucht sich in Dauerstellung zu verändern. Offerten erbeten unter Nr. 99 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.**

Allerer Illustrations- und Farbendrucker

an korrektes und sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. **Wegen Wohnung Berlin droorgut. Angebote zum Minimum zwecklos. [97] C. Müller, Zossen-Nachstreuendorf.**

Tüchtiger Illustrationsdrucker

25 Jahre alt, ledig, mit Zweitourmaschinen verschiedener Art gut vertraut, Spezialist für doppelseitige Einrichtung im Buntdruck, zuverlässig, gewissenhaft und selbständig arbeitend, sucht sich nach Provinz Brandenburg oder nach Schödeutsche land zu verändern. **Gefl. Angebote unter Nr. 79 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Stereotypen

gelernter Seher, perfekt in Rund- und Flachstereotypie sowie in allen Gattungen, sucht Stellung auch als

Seherstereotypen

Gefl. Angebote erbeten an C. Kuhn, Jely, Badstubenvorstadt 6a H. [62]

Technisch vielseitiger Vetter einer Schriftgießerei, Stereotypie und Galvanoplastik

der lange Jahre in größerer Hauschriftgießerei als Faktor tätig war, wünscht früher oder später leitende Stellung. **Werte Offerten unter A. E. 89 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Linotypeseher

für Ideal (elektrische Heizung) Kleineseher, in dauernde und angenehme Stellung gesucht. **„Kunsthal-Zeitung“ Oberkirch (Baden). [68]**

Strebsamer Schriftsetzer

21 Jahre alt, perfekt in allen vorkommenden Gattungen, sucht sofort oder später Stellung. **Gute Zeugnisse vorhanden. Ggal wohin! [106] Gefl. Angebote erbeten an Walter Kaufe, Hannover, Wahrenwalder Straße 49 A III.**

Perfekte Teilerin

für Lager sofort gesucht von der **SCHRIFTGUSS A.-G. vorm. Brüder Butter, Dresden**

Monotype

glexer, langjährige Praxis, sucht sich ins

Ausland

zu verändern. **Gefl. Offerten erbeten unter Mono 100 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.**

Junger, tüchtiger Anzeigen- und Aktzidenzseher

vertraut mit dem Umbruch der Anzeigen, auch Erfahrung im Druck an Posten und der Schnellpresse, sucht sofortige Stellung, am liebsten in mittlerem Zeitungsbetrieb. **Wichtig in ungekündigter Stellung tätig. [106] Willt Schumann, Ummendorf 6, Ellleben (Bezirk Magdeburg).**

Maschinenseher Monotype

(C- und D-Taster), 26 Jahre alt, sucht Auslandspraxis oder Stellung, wo er auf **Linotype** unsfassen kann. **[81] Gefl. Offerten erbeten an C. Bierlein, Berlin - Baumgartenweg, Ekkehardstraße 6 I.**

21jähriger, tüchtiger Schweizerdegen

in ungekündigter Stellung, wünscht sich zu verändern. **Seitiger ist in allen Gattungen und Druckarten bestens bewandert, guter Kenner des Universalbogenführers sowie bekens vertraut mit Decker Motoren und elektrischer Anlage. Es kommt nur Dauerstellung in Frage. Gefl. Offerten unter „D.“ präuzen 74 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.**

Maschinenmeister

26 Jahre alt, wünscht sich zu verändern. **Am liebsten an „Neue Vogelländer Miniaturl“, Duplex-Flachdruckrotation o. anderer Rotationsmaschine; auch an der Schnellpresse wie am Tiegel in allen Arbeiten bewandert und bereit, in kleineren Betrieb einzutreten. Gefl. Offerten erbeten unter Nr. 98 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.**

Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den 22. Juli, vormitt. 10 Uhr, im „Geographischen Vereinshaus“, Alexandersteinstraße 44:

Halbjahresversammlung

Tagungsordnung: 1. Neue aufnahmen, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Vereinsmitteilung, 4. Verschiedenes. **Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.**

Spanisch!

Zwei ausgezeichnete Selbstunterrichtslehre der Toussaint-Langenscheidtschen Methode zu kaufen gesucht. **Ein Werk kann auch gegen russische Sprachbriefe (L.-S.) gekauft werden. Angebote mit Preisangaben an C. Grieshaber, Freiburg i. Breisgau, Brombergstr. 17.**

Esperanto

fernerse. **Kauskunft usw. durch Direkt Berlin-Brandenburg. Briefzeitungsverantw. H. Manske, Berlin-Schwarzenb., Lehrb. 60 Pf. Rückporto.**

Quartboston gut erh., sucht

mit Preisang. an **Georg Seb., Berlin, Pleigniger Str. 40, erb.**

Schneidmaschinen-Reparaturwerkstatt

Karl Lange, Lichterfeld-West, Dörner Straße 12, Teleph. 4546. Spezialität: Präzisions-Ausführung von Reparaturen an Gießformen, Pumpen, Kompressoren, Diesel-, von Erbstahl-, Montagen und Demontagen. Ausarbeitung alter Maschinen.



Musikinstrumente
aller Art & Garantie für tadellose Güte. **Preisliste frei. Max Dörfel Klingenthal i. Sa. Nr. 15**

Dier- u. Weinzipfel mit Buchgreif, Alpakaalber, Verlag des Bildungsvorband. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Werkzeuge für Säger

Verlag des Bildungsvorband. der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.
„Für den Korrespondent“ ist die Geschäftsstelle und Inseratenannahme Leipzig Königstraße 7, die Telephon Nr. 14 111., das Postfachkonto Leipzig Nr. 613 28.

Am 8. Juli verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenseher **Friedrich Böhls** im Alter von 63 Jahren. **Wir verlieren in ihm einen treuen und ehrliehen Kollegen. Wir werden seiner Reits in Ehren gedenken.**
Bezirksverein Mainz, Gefangenschaft „Gutenberg“, Mainz, Maschinensehervereinigung Mainz.

Am 5. Juli fand den Tod unser lieber Kollege, der Seher **Otto Berndt** aus Anklam, im Alter von 19 Jahren. **Am 10. Juli verstarb nach längerer Krankheit der Senlor unsres Bezirks, ein lieber Kollege, der Faktor Karl Nussbaum** aus Svinenmünde, im Alter von 71 Jahren. **53 Jahre hat der Verstorbene unser Organisation angehört. Sein stetes kollegialer Sinn und hilfsbereites Wesen sichern ihm weit über die Grenzen unsres Bezirks hinaus ein treues Gedenken.** **Ein dauerndes Gedenken wird beiden Verstorbenen bewahrt. D.-V. Grefswald.**

Am 10. Juli verstarb nach einer Operation plötzlich und unerwartet unser Verbandsmitglied, der Faktor **Otto Uhle** im Alter von 59 Jahren. **Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Ortsverein Althen i. A.**

Am 9. Juli verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Faktor **Hermann Pfeiffer** aus Niederschmarnsdorf, im Alter von 43 Jahren. **Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm Ortsverein Eisenh.**

Am 9. Juli, abends, entlich uns unerwartet der Tod unsern lieben Kollegen, den Metteur **Hermann Heyn** im 64. Lebensjahre. **Sein aufrechter und edler Charakter schreit ihm ein ehrendes Gedenken.** **Die Kollegen der W. F. S., Berlin.**